

America Alert

Informationsservice des Washingtoner Büros der FES

Ausgabe 12/2004 – 2. Juli 2004

Wir dokumentieren heute einen Artikel von Dieter Dettke für DW-World, Kolumne zu den US-Wahlen:

Wie stimmt Amerika am 2. November ab: Für einen Kriegspräsidenten oder für einen Friedenspräsidenten?

Einer der es wissen muss, hat schon das perfekte historische Beispiel für die am 2. November anstehenden amerikanischen Präsidentschaftswahlen parat: **Dick Morris**, Wahlkampfstrategie von Präsident **Clinton** bei dessen Wiederwahl 1996. **Morris** sieht die Novemberwahlen in Amerika ähnlich wie das Duell zwischen **Winston Churchill** und **Clement Atlee** unmittelbar nach Beendigung des 2. Weltkrieges. Bekanntlich verlor der Kriegsheld **Churchill** die britischen Wahlen gegen den Kandidaten der britischen Labor-Party **Clement Atlee**. So wie damals in Großbritannien im Jahre 1945 wird sich laut **Morris** am 2. November 2004 die Wahlfrage darauf zuspitzen, ob die Wähler in Amerika einen Kriegspräsidenten oder einen Friedenspräsidenten wollen.

George W. Bush hat sich selbst immer wieder als Kriegspräsident dargestellt und auch so bezeichnet und seine Stärke liegt (laut Umfragen) auch eindeutig auf dem Gebiet der nationalen Verteidigung, der Gewährleistung der inneren Sicherheit und in der Fähigkeit zur erfolgreichen Bekämpfung des Terrorismus.

John Kerry führt demgegenüber in den Umfragen dort, wo es um die Beschaffung von Arbeitsplätzen geht, um Erziehung, Ausbildung, Krankenversicherung, Alters- und Rentenversicherung sowie um den Umweltschutz. Die Amerikaner würden also mit ziemlicher Sicherheit für **George W. Bush** stimmen, wenn sie eine feste Hand im Kampf gegen den internationalen Terrorismus wollen. Sie würden aber mit großer Wahrscheinlichkeit für **John Kerry** stimmen, wenn sie nach einer zuverlässigen Führung für die Bewältigung der innenpolitischen wirtschaftlichen und sozialen Probleme Amerikas suchen.

Alarmierend für das Weiße Haus ist, dass sich in den Umfragen über den Krieg im Irak – wie der Umfragenspezialist **Mark Mellmann** herausgefunden hat – seit April eine "tektonische Verschiebung" abzuzeichnen beginnt. Bisher konnte Präsident **Bush** davon ausgehen, dass die öffentliche Meinung Amerikas trotz der hohen Zahl von Opfern auch nach Beendigung der eigentlichen militärischen Kampfhandlungen im Irak, und der gewaltigen finanziellen Leistungen die Amerika, anders als im Golfkrieg, jetzt weit gehend alleine aufbringen muss, – mit Sicherheit weit über 100 Milliarden US Dollar – das militärische Vorgehen gegen **Saddam Hussein** noch immer als notwendig und richtig zu unterstützen bereit war. Als **Howard Dean** gegen Ende des letzten Jahres zu behaupten wagte, dass Amerika durch den Irak-Krieg weniger sicher geworden sei, war die Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit noch anderer Meinung.

Inzwischen hat sich das Bild jedoch fundamental geändert. Heute sagt eine Mehrheit von 54% der Amerikaner, dass der amerikanische Kriegseinsatz ein Fehler war. Auch im Vietnam-Krieg hat es ja

relativ lange gedauert, bis die amerikanische öffentliche Meinung umschlug, nämlich, wie **David Halberstam** so anschaulich in "The Best and the Brightest" schilderte, erst im Anschluss an die Tet-Offensive 1968. Nachdem die öffentliche Meinung aber umgeschlagen war, wurde der Vietnam-Krieg innenpolitisch de facto nicht mehr führbar.

55% der Amerikaner stimmen heute **Howard Dean** zu und sind jetzt der Auffassung, dass Amerika durch den Irak-Krieg weniger sicher geworden ist. Die Mehrheit der Amerikaner ist auch der Meinung, dass der Krieg nicht zu einer Verminderung der terroristischen Gefahr geführt, sondern mehr Terroristen hervorgebracht hat, wie die fast täglichen Bombenattentate, grausamen Hinrichtungen auch von Zivilisten und das dramatische Ansteigen von Anti-Amerikanismus insbesondere in der islamischen Welt beweisen. Heute ist nicht einmal sicher, ob die Souveränitätsübergabe im Irak in der amerikanischen Öffentlichkeit als Zeichen der Stärke angesehen wird. Nur 30% der amerikanischen Bevölkerung glaubt, dass die Souveränitätsübergabe mit einem klaren Konzept verbunden ist und auf der Grundlage der Daten von **Mark Mellmann** sehen 6 von 10 Amerikanern die Souveränitätsübergabe als Anzeichen eines Fehlschlages und nicht eines Erfolges.

Unter optimalen Bedingungen für die **Bush-Administration** ist ein Erfolg im Irak sicher nicht auszuschließen, vor allem wenn die innenpolitische Stabilisierung gelingen würde und wenn man **Osama Bin Laden** ergreifen und damit einen spektakulären Erfolg in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus vorweisen könnte. Die Lage im Irak könnte sich aber auch zum Schlechteren wenden, wenn es der irakischen Übergangsregierung und den Koalitionstreitkräften nicht gelingen sollte, sichere Verhältnisse herzustellen, die zentrifugalen Kräfte im Lande einzudämmen und die notwendigen Voraussetzungen für den Aufbau demokratischer Strukturen zu schaffen. Nach dem Gefängnissskandal von Abu Ghraib wird es jedoch schwer sein, den Eindruck und die sich auch in Amerika ausbreitende Wahrnehmung, dass der Irak-Krieg ein Fehlschlag war, umzukehren.

Das Problem für den Wahlausgang in Amerika ist, dass die Antwort auf die Frage, wie Amerika am 2. November abstimmt – für einen Kriegspräsidenten oder einen Friedenspräsidenten – überwiegend von Entwicklungen abhängt, die sich der Kontrolle beider Kandidaten entziehen. Das heißt: Präsident **Bush** kann – je nachdem – Opfer oder Nutznießer von äußeren Ereignissen werden.

John Kerry hat jetzt im Wesentlichen auch dort mit **George W. Bush** gleichgezogen, wo bisher die Stärken des Amtsinhabers lagen: auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung, der inneren Sicherheit und in der Frage, wie mit dem Irak umzugehen ist. Der Vorsprung der **Bush-Administration** in der Terrorismusbekämpfung ist weit gehend abgeschmolzen und in der Frage, wer mit dem Irak-Konflikt besser umgehen könne, ist der Vorsprung von Präsident **Bush** gegenüber **John Kerry** nur ganz knapp.

Über Sieg oder Niederlage in den amerikanischen Präsidentschaftswahlen wird unausweichlich die Lage im Irak entscheiden. Präsident **Bush** war sich – wie wir von **Bob Woodward** wissen – des Risikos, das er mit dem Irak-Krieg eingegangen ist, durchaus bewusst, unter Inkaufnahme aller Konsequenzen, einschließlich des Amtsverlustes. Ähnlich hat damals **Helmut Schmidt** die Bürde der Nachrüstung auf sich genommen, nämlich mit dem Satz: Mit dem Doppelbeschluss stehe ich oder falle ich. Ähnlich wie für **Helmut Schmidt** die spätere Nulllösung bei den Mittelstreckenraketen zu spät kam, um ihn im Amt zu halten, könnte für **George W. Bush** die Befriedung – wenn sie wirklich gelingt – und letztlich die Demokratisierung des Irak zu spät kommen, um einen politischen Erfolg vorzuweisen.

Die jüngsten Umfragen über die Amtsführung von **George W. Bush** kurz vor der Sommerpause und kurz vor der Souveränitätsübergabe an die provisorische irakische Regierung unter Führung von Ministerpräsident **Allawi** müssen für das Weiße Haus alarmierend sein. Nur 42% der amerikanischen Bevölkerung sind mit der Amtsführung von Präsident **Bush** zufrieden. Das ist die bisher niedrigste Zustimmungsrage zu seiner Amtsführung seit dem Einzug ins Weiße Haus. Die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung ist mit der Politik der **Bush-Administration** nicht einverstanden. 52% der Amerikaner sind der Auffassung, dass sich das Land politisch in die falsche Richtung bewegt.

Eine Faustregel der amerikanischen Politik besagt, dass Präsidenten, die im Frühjahr oder Sommer vor der Wahl keine Mehrheit für ihre Amtsführung hinter sich haben – wie zum Beispiel **Jimmy Carter** oder **George H. W. Bush**, der Vater des jetzigen Präsidenten – kaum Aussicht auf Wiederwahl haben.

Eherne Gesetze der Politik sind bekanntlich dazu da, gebrochen zu werden. Die Frage ist also, ob **George W. Bush** Opfer eines ehernen Gesetzes der amerikanischen Politik wird oder sich doch noch aus der politischen Zwickmühle befreien kann, in die ihn seine Irak-Politik geführt hat.

Washington, 2. Juli 2004 (Dieter Dettke)